

Integriert oder ausgeschlossen? Die Geschichte der Gehörlosen in der Schweiz

Ergebnisse eines Forschungsprojekts des NFP 76

Prof. em. Dr. Brigitte Studer, Universität Bern

PD Dr. Sonja Matter, Universität Bern

Dr. Matthias Ruoss, Universität Bern

Vera Blaser, Universität Bern

Rebecca Hesse, Universität Bern

Laura Schleiss, Universität Bern

Gehörlose Menschen sind, ähnlich wie andere Minderheiten, von der Sozialpolitik und vom Ausbau des Wohlfahrtsstaates in vielerlei Hinsicht betroffen – einerseits zu ihrem Vorteil, andererseits auf schädigende Weise durch Zwangsmassnahmen. Das Forschungsprojekt untersucht, welche Fürsorge- bzw. Zwangsmassnahmen gehörlose Menschen in der Schweiz im 20. Jahrhundert erfuhr. Für den ganzen Untersuchungszeitraum lässt sich dabei ein ausgeprägter Audismus feststellen, der gehörlose Menschen strukturell diskriminierte und hörende Menschen privilegierte. Zahlreiche Zwangsmassnahmen, die Gehörlose erlebten, waren durch das geforderte Primat der Lautsprache bzw. die Abwertung der Gebärdensprachen begründet, so nicht zuletzt die physische und psychische Gewalt in Gehörlosenschulen oder Fürsorgeanstalten. Erst in jüngster Zeit wurden audistische Strukturen grundsätzlich in Frage gestellt. Bedeutsam für diesen Wandel war die Gehörlosenbewegung, die sich seit den ausgehenden 1970er Jahren formierte und für die Rechte von gehörlosen Menschen kämpfte.

Hintergrund, Ziel des Projekts und Forschungsplan

Forschungsstand und Zielsetzung

Die Studie fasst gehörlose Menschen als historische Akteur:innen, die in einer hierarchisch strukturierten Gesellschaftsordnung um Mitsprache kämpften und sich gegen vielfältige Zwangsmassnahmen wehrten. Diese waren in modernen Gesellschaften wie der Schweiz mannigfaltig: Sie reichten von Eingriffen ins Familienleben bis hin zur Exklusion aus bestimmten Berufsfeldern.

Bisher hat sich die historische Forschung in der Schweiz schwerpunktmässig mit der schulischen Bildung von gehörlosen Kindern beschäftigt. Darauf aufbauend widmet sich das Forschungsprojekt drei bisher noch nicht untersuchten Themen: Es leuchtet erstens die Geschichte der beruflichen Integration von gehörlosen Menschen aus, es untersucht zweitens die Position von Elternverbänden gehörloser Kinder und analysiert drittens die Formation von Gehörlosenbewegungen im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert. In den drei Teilprojekten werden Spannungsfelder von Fürsorge und Zwang ausgeleuchtet und die Wissensproduktion über Gehörlosigkeit analysiert. Das Projekt untersucht schliesslich die Möglichkeitsbedingungen von *Agency* gehörloser Menschen.

Begriffe und theoretische Ansätze

Wegleitend für unsere Untersuchung ist der Begriff des Audismus, der 1975 von Tom Humphries entwickelt wurde. Mit Bezug auf diesen Begriff werden nicht nur die individuellen, sondern auch die strukturellen Ausgrenzungen von gehörlosen Menschen sichtbar gemacht. Ebenso werden die Privilegien benannt, die Hörende für sich gegenüber gehörlosen Menschen beanspruchen.

Das Forschungsprojekt nutzt zwei theoretische Ansätze, die es für die Erforschung der Geschichte der Gehörlosigkeit fruchtbar macht: Im Anschluss an die Ansätze der *Disability Studies* rückt das Forschungsprojekt die Prozesshaftigkeit von «Behinderung» sowie den gesellschaftlichen Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen in den Fokus. Eine *intersektionale Perspektive* betrachtet die verschiedenen Kategorien sozialer Ungleichheit als miteinander verflochten und einander beeinflussend.

Datengrundlage und Methoden

Von zentraler Bedeutung für das Forschungsprojekt waren die beiden Archivbestände der Gehörlosenfachhilfeverbände Sonos und ASASM im Schweizerischen Sozialarchiv (Zürich) resp. den Archives cantonales vaudoises (Lausanne). Die beiden Bestände beinhalten umfangreiches, zumeist ungedrucktes Quellenmaterial zur Geschichte der Gehörlosigkeit. Aufschlussreich waren ferner die Aufnahmen der Sendung *Sehen statt hören* (1981–1998) des Schweizer Fernsehens.

Da Quellen zur Geschichte der Gehörlosen mehrheitlich von Hörenden stammen, wurden im Forschungsprojekt Oral-History-Interviews mit gehörlosen Menschen durchgeführt. Gleichzeitig setzten wir uns mit der berechtigten Kritik auseinander, wonach Oral History die Interviewpartner:innen in die Rolle von Datenlieferant:innen ohne Mitgestaltungsrecht versetzt und orientierten uns folglich an Ansätzen einer partizipativen Forschung. In Anlehnung an das Stufenmodell nach M. T. Wright strebten wir eine Informationsvermittlung, Anhörung und einen Einbezug der Interviewpartner:innen an (Vorstufe der Partizipation).

Ergebnisse

Das Forschungsprojekt untersucht drei miteinander verflochtene Themenbereiche.

Berufliche Integration gehörloser Jugendlicher und Erwachsener

Seit der Gründung der «Taubstummenanstalten» – den späteren Gehörlosen- und Sprachheilschulen – im 19. Jahrhundert spielte die Frage nach der Berufseingliederung der gehörlosen Schulabgänger:innen eine zentrale Rolle in der Gehörlosenpädagogik. Die institutionalisierte Gehörlosenschulung in der Schweiz verfolgte von Beginn weg das Ziel, gehörlose Jugendliche durch die orale Bildung – die intensives Lautsprachetraining, das Lippenlesen und Artikulation umfasste – für den Arbeitsmarkt kompatibel zu erziehen. Gehörlosen Menschen standen jedoch lange nur bestimmte Arbeitsfelder offen. Ein Grossteil aller Gehörlosen war in wenig qualifizierten handwerklichen Berufen und Anstellung in der Landwirtschaft sowie im Hausdienst tätig oder arbeitete trotz guter Berufsausbildung unter ihrem Qualifikationsniveau. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie ganze Berufszweige, insbesondere im sozialen und pädagogischen Feld, blieben gehörlosen Menschen verwehrt.

Der Ausschluss aus diesen Berufsfeldern erwies sich als besonders folgeschwer, da gehörlose Personen so gleichsam vom Diskurs über Gehörlosigkeit und den damit verbundenen gesellschaftlichen sowie politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen blieben. Ab den späten 1970er Jahren begannen gehörlose Menschen im Zuge ihrer Emanzipationsbestrebungen ihre beruflichen und Bildungschancen zu politisieren und die ihnen diesbezüglich im Wege stehenden Barrieren zu kritisieren. Sie forderten Mitentscheidungsrechte in allen Bereichen der 'Gehörlosenarbeit'. Eine wesentliche Voraussetzung für die Formierung dieser

Kritik war die Hinterfragung der rein oralen Methode in der Schule und die Forderung nach Bildungsangeboten in Gebärdensprache und mit Hilfe von Dolmetscher:innen.

Als Konsequenz dieser Politisierung der Gehörlosengemeinschaft ergaben sich in den 1980er Jahren einige Verschiebungen in Bezug auf die beruflichen Perspektiven gehörloser Personen: Mehrere Gehörlose erlangten ab den 1980er Jahren Zugang zu Ausbildungen in Soziokultureller Animation und Sozialpädagogik. Ebenfalls in den 1980er Jahren wurde am Heilpädagogischen Seminar Zürich die Gebärdensprachlehrpersonenausbildung (GSLA) aufgebaut. Diese Ausbildungen erlaubten es einzelnen gehörlosen Personen im Gehörlosenwesen in wichtige Positionen aufzusteigen und ihre Berufswünsche in den Feldern der Sozialen Arbeit und der Pädagogik zu realisieren.

Das Dissertationsprojekt geht den Erwerbsbiographien der ersten Generation «gehörloser Fachleute im Gehörlosenwesen» nach. In den Oral-History-Interviews bestätigte sich die These, wonach die Eingliederungspraxis der Gehörlosenfachhilfe ihrerseits Exklusion produzierte. Die überwiegende Mehrheit von gehörlosen Personen machte im Bildungs- und Berufswahlkontext Barriere- und Ausschlusserfahrungen. So erlebten viele gehörlose Menschen die Berufsberatung und Berufswahl als unbefriedigend, da ihnen die Fachleute meist schablonenartig wirkende Berufsvorschläge, ohne Bezug auf persönliche Fähigkeiten und Neigungen, präsentierten. Diese Erfahrung schrieb sich nicht selten tief ins Selbstbild der interviewten Personen ein, welches oft bis ins Erwachsenenalter negativ blieb. Die Möglichkeit hingegen, eine Ausbildung zur Befähigung für die Tätigkeit in der Gehörlosenarbeit zu ergreifen, empfanden die interviewten gehörlosen Personen als ermächtigend und als einen wichtigen persönlichen Schritt.

Die IV spielte im Zusammenhang mit den untersuchten Ausbildungen eine ambivalente Rolle. Sie unterstützte Zweitausbildungen nur in Einzelfällen. Einige Absolvent:innen waren daher auf Zuschüsse der privaten Behindertenhilfe (namentlich der Pro Infirmis) angewiesen. Es zeigte sich, dass der Zugang gehörloser Personen zu höherer Bildung lediglich partiell möglich und auf eine Tätigkeit im 'Gehörlosenwesen' begrenzt war.

Elternverbänden gehörloser Kinder

Neben der Geschichte der beruflichen Integration, widmete sich das Forschungsprojekt der Formation von Elternverbänden gehörloser Kinder. Die 1970er Jahren erwiesen sich auch für dieses Teilprojekt als eine Phase der Zäsur. So erhielten die (hörenden) Eltern in dieser Zeit an den schweizerischen Gehörlosenschulen zunehmendes Mitspracherecht in der Erziehung und Schulung ihrer gehörlosen Kinder. Wie das Forschungsprojekt aufzeigt, wurden just in diesem historischen Kontext an den schweizerischen Gehörlosenschulen zahlreiche regionale Elternvereinigungen gegründet, die sich 1974 in der *Schweizerischen Vereinigung der Eltern hörgeschädigter Kinder* (SVEHK) zusammenschlossen. In den 1970er Jahren wandelte sich die Rolle der Eltern in der Gehörlosenpädagogik zudem weg vom «Laienmodell», hin zum «Ko-Therapeuten-Modell», in dem die Eltern von den Fachkräften vermehrt zur Mitarbeit instruiert und eingesetzt wurden.

Der Zusammenarbeit von Expert:innen des Gehörlosenwesen und Eltern gehörloser Kinder kam in der Durchsetzung von pädagogischen Leitbildern eine wichtige Funktion zu. Die SVEHK, die sich nach ihrer Gründung zunächst eng am Primat der Lautsprache orientierte, hatte Einsitz in Schulkommissionen, nahm regelmässig an Versammlungen des damaligen *Schweizerischen Taubstummlehrer Verein* (STLV) teil und erreichte mit ihrer Vereinsschrift

einen Grossteil der hörenden Eltern gehörloser Kinder in der Schweiz, insbesondere in der Deutschschweiz. Das Bestreben von hörenden Eltern, ihre gehörlosen Kinder in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, konnte die Anwendung von Zwangsmassnahmen, beispielsweise das Verbot der Gebärdensprache, bestärken.

Die transnationalen Emanzipationsbewegungen von Gehörlosen

Im Bereich der schulischen Ausbildung wie der beruflichen Integration gehörloser Menschen spielten transnationale Gehörlosenbewegungen eine wichtige Rolle. Für die Geschichte der Gehörlosen der Schweiz lassen sich zwei historische Phasen feststellen, in denen ein internationaler Austausch besonders intensiv war. Die erste Phase betrifft die Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Diese Jahre können allgemein als eine Phase des verstärkten Wissenstransfers zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Nationen bezeichnet werden, was sich u. a. an der Zunahme von Weltausstellungen und internationalen Kongressen zeigte. Während die geschichtswissenschaftliche Forschung bisher vor allem die internationalen Taubstummlehrer-Konferenzen fokussierte, untersuchte das vorliegende Forschungsprojekt die internationalen Konferenzen, die gehörlose Menschen selbst organisierten. Dabei hat sich gezeigt, dass die wirkungsmächtige Resolution der Taubstummlehrer am Mailänder-Kongress von 1880, wonach gehörlose Kinder in Gehörlosenschulen nicht gebärden, sondern lautsprachlich kommunizieren sollten, stärker umstritten war, als dies die bisherigen Forschungsarbeiten aufzeigten.

Eine zweite Phase erfolgte Ende der 1970er Jahre, als sich eine neue Emanzipationsbewegung von Gehörlosen formierte, die ebenfalls transnational vernetzt war und in erster Linie von städtischen Zentren wie Paris und Ländern wie den USA ausging. Es waren diese interna-

tionalen Austauschprozesse, die den wesentlichen Anstoss zur Formation einer Gehörlosenbewegung in der Schweiz gaben. Zahlreiche der gehörlosen Aktivist:innen lebten, wie das Forschungsprojekt mittels Oral-History-Interviews herausarbeitet, einige Jahre im Ausland und kamen so in Kontakt mit der Gehörlosenbewegung. Die Aktivist:innen verlangten die Anerkennung der Gebärdensprachen, mehr Selbstbestimmungsrechte für Gehörlose und bessere Bedingungen, um an der Gesellschaft partizipieren zu können, was zur Ablösung von

Fachverbänden der Gehörlosigkeit und hörenden Expert:innen führte. Wichtige Zäsuren bildeten die Jahre 1981 und 1991. Im Kontext des «UNO-Jahrs der Behinderten» 1981 nutzten Gehörlose in der Schweiz vermehrt die Möglichkeit, einen Abbau von Kommunikationsbarrieren zu fordern. 1991, an der 700-Jahr-Feier der schweizerischen Eidgenossenschaft, gingen gehörlose Menschen in der Schweiz erstmals auf die Strasse, um gegen ihre Exklusion zu protestieren.

Bedeutung der Ergebnisse für die Praxis und Empfehlungen

1. Die rechtliche Anerkennung der Gebärdensprachen auf nationaler und kantonaler Ebene ist ein zentrales Desiderat, das es in der Schweiz in unmittelbarer Zukunft in Anlehnung an die UNO-Behindertenrechtskonvention umzusetzen gilt. Entscheidend wird dabei sein, welche Ansprüche aus einer rechtlichen Anerkennung der Gebärdensprachen folgen bzw. welche Leistungen der Staat finanzieren muss. Unsere Forschungsergebnisse weisen auf die zentrale Forderung hin, wonach gehörlose Menschen in diesen Entscheidungsprozessen eine prominente Rolle spielen und an der Ausgestaltung der Gehörlosenpolitik selbst mitwirken müssen. Einer paternalistischen Haltung, mit der Hörende gehörlosen Menschen in der Geschichte des Schweizer Sozialstaates begegneten, gilt es bewusst entgegenzuarbeiten.
2. Forschungsförderungsinstitutionen und Universitäten müssen sich in Zukunft klarer zur Frage positionieren, wie Menschen mit Beeinträchtigungen umfassender in den tertiären Bildungsbe- reich und die Forschung integriert werden können. Die Hürden, zu studieren und zu forschen, sind für gehörlose Menschen in der Schweiz, auch im Vergleich mit anderen Ländern, insbesondere den USA, noch sehr hoch. Bis heute wird der Zugang von Menschen mit «Behinderungen» zu höheren Bildungswegen durch die Gesetzgebung erschwert. Die Diversity-Massnahmen der Universitäten gilt es zukünftig weiter auszubauen. Bei den Forschungsförderungsinstitutionen, wie dem SNF, sollten umfangreichere Möglichkeiten eröffnet werden, um partizipative Forschungsprojekte realisieren zu können.
3. Behindertenverbände und -aktivist:innen betonen seit mehreren Jahrzehnten, wie wichtig es ist, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in sämtliche wichtige Entscheidungsprozesse (von Produktentwicklungen bis Gesetzgebungsprozesse) einbezogen werden, um sicher zu stellen, dass die Barrierefreiheit gewährleistet ist. Dazu ist es notwendig, dass auch gehörlosen Menschen eine barrierefreie Aus- und Weiterbildung in möglichst allen Branchen ermöglicht wird. Wichtig ist, dass vermehrt gehörlose Personen Führungs- und Entscheidungspositionen in ver-

schiedenen Berufsfeldern innehaben könnten, nicht zuletzt, um noch immer existierenden Vorurteilen über das Potenzial gehörloser Menschen entgegenzuwirken. In Betrieben sollte eine inklusive, diversitysensible Politik gefördert werden, so dass gebärdensprachlich kommunizierende Gehörlose sich weniger marginalisiert fühlen und besser teilhaben können. Dringendes Desiderat ist es, die vergleichsweise hohe Zahl von arbeitslosen Gehörlosen zukünftig zu verringern und gehörlose Menschen bessere Chancen auf den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

4. Last but not least: Für die erfolgreiche Kommunikation zwischen gehörlosen und hörenden Menschen nehmen Gebärdensprachdolmetscher:innen eine Schlüsselrolle ein. Das Angebot, auf Dolmetschende zurückgreifen zu können, befreit gehörlose Menschen bis zu einem gewissen Grad aus dem problematischen Spannungsfeld von Fürsorge und Zwang: Sie sind zwar auf die Arbeit der Dolmetschenden angewiesen, geben aber ihre Autonomie nicht auf. Der Ausbau des Rechtsanspruchs auf Dolmetscher:innen für Gehörlose im Arbeits-, Gesundheits- und Freizeitkontext ist ein Desiderat, das inzwischen mehrere Jahrzehnte alt ist, aber bis heute – insbesondere aus finanziellen Gründen – in der Schweiz noch nicht genügend verwirklicht wurde.

Wissenschaftliche Bedeutung der Ergebnisse

Das Forschungsprojekt weist auf die Bedeutung des Audismus hin: Dieser rechtfertigte zahlreiche Zwangsmassnahmen gegenüber gehörlosen Menschen, insbesondere den Zwang zur Kommunikation in Lautsprache und die Unterdrückung der Gebärdensprachen. Ziel dieser Zwangsmassnahmen war eine vollständige Assimilation von gehörlosen Menschen an die Welt der Hörenden. Erst eine positive Bewertung der Gebärdensprachen als voll ausgebildetes Kommunikationssystem wie auch eine verstärkte Anerkennung der Gehörlosen-Community als kulturell-sprachliche Minderheit ermöglichten es, die audistischen Strukturen kritisch zu hin-

terfragen. Diese Forschungsergebnisse weisen auf die Bedeutung hin, neben Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus oder Klassismus auch den, in modernen Gesellschaften vorherrschenden, Audismus systematisch zu untersuchen. Wie unser Forschungsprojekt zudem aufzeigt, erweist sich eine transnationale Perspektive als fruchtbar, um den politischen Kampf gegen die praktizierten Zwangsmassnahmen gegenüber sozialen Minderheiten und Menschen mit einer Beeinträchtigung historisch zu untersuchen.

Integriert oder ausgeschlossen? Die Geschichte der Gehörlosen in der Schweiz

Prof. em. Dr. Brigitte Studer, Universität Bern, Hauptgesuchstellerin
PD Dr. Sonja Matter, Universität Bern, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Dr. Matthias Ruoss, Universität Bern, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Vera Blaser, Universität Bern, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Rebecca Hesse, Universität Bern, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Laura Schleiss, Universität Bern, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Kontakt:

Prof. em. Dr. Brigitte Studer
Universität Bern
+41 31 684 83 89
brigitte.studer@unibe.ch

Weitere Informationen:

www.nfp76.ch

Juli 2023

u^b

**b
UNIVERSITÄT
BERN**